

Herrn Präsident  
Mag. Dr. Harald Mahrer  
Wirtschaftskammer Österreich  
Wiedner Hauptstraße 63  
1045 Wien

Wien, am 7. November 2019

**Antrag** an das WKÖ-Wirtschaftsparlament am 28. November 2019

## **Unternehmerische Freiheit erfordert Bürokratieabbau**

Faktum ist, dass immer mehr Vorschriften, Auflagen und statistische Auswertungen der Wirtschaft das tägliche Leben erschweren. Freie Entscheidungen sind kaum möglich. Geringfügige Überschreitungen werden mit drakonischen Strafen geahndet. Innovationen und Investitionen scheitern oft an unverhältnismäßig hohen Auflagen. Überbordende Gesetze, Verordnungen und Reglements verhindern wirtschaftlichen Aufschwung und Erfolg.

Um wettbewerbsfähig zu sein, braucht es eine massive Reduzierung von Bürokratie und der Gesetzesflut! Das Einhalten der sich täglich ändernden Vorschriften, Richtlinien, Regeln sowie Melde- und Informationspflichten ist für Unternehmer umständlich und aufwändig. Damit geht Zeit, finanzieller Aufwand und Engagement dafür verloren, innovativ für den Betrieb da zu sein und zu wirtschaften.

Ein moderner Staat braucht eine effiziente, effektive, qualitätsvolle, bürgernahe und serviceorientierte Verwaltung, die mehr leistet und wenig kostet. Dieser Wandel muss ehest vorangetrieben werden, denn eine überbordende Verwaltung ist wachstumshemmend und beschäftigungsfeindlich.

Die unterfertigenden Delegierten der Freiheitlichen Wirtschaft stellen daher folgenden

### **Antrag:**

Die Organe der Wirtschaftskammer werden ersucht, folgende konkrete Deregulierungsmaßnahmen im Zuge der aktuellen Regierungsverhandlungen einzubringen und mit Nachdruck von der neuen Regierung zu verlangen:

- **Eins gegen eins!** Wird eine Regulierung eingeführt, muss eine alte Regulierung aufgehoben werden. Gesetze sind zu entrümpeln und bestehende Regelungen auf deren Sinnhaftigkeit zu prüfen (z.B. Reform der Monopolverwaltung).
- **Eine Abgabenstelle reicht!** Wir wollen, dass in Zukunft Steuern und Abgaben auf Lohn und Gehalt nur mehr an eine Stelle abgeführt werden.
- **Daten bitte selber holen!** Würde die Statistik Austria ihren Informationsbedarf mit dem der Finanz abstimmen, könnte so der Datenaustausch beider Stellen automatisiert werden.

- Regeln werden oft durch einen Anlassfall eingeführt und nie wieder hinterfragt bzw. evaluiert. Aufzeichnungspflichten, Prüfpflichten, Informationspflichten oder Steuer- und Abgabepflichten sind so auf Sinnhaftigkeit zu überprüfen
- Ein Ende der Veröffentlichungspflicht in Wiener Zeitung: In Zeiten der Digitalisierung ist das eine unzeitgemäße Veröffentlichungspflicht und daher abzuschaffen.
- Erleichterungen für KMU ausbauen: Die verordnete Registrierkassenpflicht, Belegerteilungspflicht oder Einzelaufzeichnungspflicht sind zu evaluieren! Wir brauchen Vereinfachungen und Rechtssicherheit durch Weiterführung der Warengruppen-Regelung über das Jahr 2020 hinaus oder die Schaffung einer Stelle zur Unterstützung von Reisebusunternehmern bei internationalen Umsatzsteuermeldungen.
- Retougang bei Gold-Plating: Zu oft hat Österreich die Vorgaben der EU noch schärfer in Gesetze gegossen, als notwendig gewesen wäre. Es gibt noch immer zu viele Bestimmungen, die durchforstet und zurückgenommen werden müssen (siehe RH-Berichte).
- Bitte verständlich und verbindlich! Wenn schon neue Auflagen und Richtlinien notwendig sind, dann praktikabel, transparent und leicht verständlich. Und wenn etwas nicht klar sein sollte, muss die Behörde eine verbindliche Auskunft geben.



KommR Günter Burger  
WKK-Vizepräsident



Dr. Erich Schoklitsch  
SPO-STV, Delegierter



KommR Winfried Vescoli  
Delegierter